

# Über WVS-Beschlüsse Stadträte informieren

**Ob die Bad Liebensteiner Stadträte im Vorfeld über die anstehenden Beschlüsse des Wasser- und Abwasserverbandes informiert werden sollen, will man in der nächsten Stadtratssitzung klären.**

BAD LIEBENSTEIN -Horst Weinberg (Bürgerverein) war es, der zur Haupt- und Finanzausschusssitzung am Montagabend den Vorschlag unterbreitete, alle Beschlüsse, die zur Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Bad Salzungen (WVS) auf der Tagesordnung stehen, im Stadtrat zu behandeln. Als er in Vertretung des Bürgermeisters zur letzten Verbandsversammlung war, habe er bemerkt, dass in nahezu allen Kommunen die Gemeinde- oder Stadträte in die Entscheidungen einbezogen werden. „Der Bürgermeister von Bad Salzungen holt sich zum Beispiel das Votum seines Stadtrates und stimmt dementsprechend zur Sitzung ab“, berichtete Weinberg. Es sehe es als notwendig an, dass auch die Bad Liebensteiner Stadträte über anstehende Beschlüsse informiert werden. Deshalb sein Antrag: Dieses Thema soll in die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 28. November aufgenommen werden. „Glauben Sie, dass das was ändert“, fragte Bürgermeister Hans Beck. Horst Weinberg erklärte,

dass er in Zukunft nicht wieder zu einer Verbandsversammlung gehe, wenn er nicht das Votum der Stadträte zu den Beschlüssen habe. Zur letzten Sitzung habe es keine Absprache gegeben, wie er sich bei der Abstimmung verhalten solle. „Es gibt Dinge, die man einfach nicht akzeptieren kann“, so Weinberg und berichtete von der Grundgebühr, die der Wasser- und Abwasserverband rückwirkend zum 1. Januar 2005 erhöhen will. „Ich weiß nicht, was ich über den WVS noch sagen soll“, schaltete sich Hans Beck ein. „Wenn sie Schulden machen, werden einfach die Gebühren erhöht. Das ist doch keine Art und Weise“, so Beck. Und es sei auch keine Art, rückwirkend von der Stadt Bad Liebenstein 680000 Euro für die Straßenentwässerung zu verlangen.

Frank Eberlein (Linke.PDS) unterstützte den Vorschlag von Horst Weinberg. „Das stärkt dem den Rücken, der zur Versammlung geht“, argumentierte er. Rainer Starun (Freie Wähler) fand den Vorschlag ebenfalls gut. Es habe in der Vergangenheit etliche Bürgermeister gegeben, die anders abgestimmt hätten, als es ihr Gemeinderat wollte. Zustimmung gab es auch von der CDU/FDP-Fraktion. Die Stadträte sollten über die Beschlussvorlagen informiert sein, um den Bürgern Rede und Antwort zu stehen. (mö)